

## LIBERALE PARLAMENTSARBEIT 2023

# Digitalisierung

Digitalisierung ist weit mehr als Breitbandausbau. Unser Land braucht ein digitales Update, um seine Chancen auf Fortschritt nicht zu verspielen. Nur so können wir die Potenziale der Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft voll auszuschöpfen. Leider ist die Landesregierung wenig ambitioniert, sodass wir ihr immer wieder auf die Füße treten müssen.

### Digitale Infrastruktur

Die Digitale Infrastruktur wird dem Lebens- und Wirtschaftsstandort nicht gerecht. Echte Glasfaseranschlüsse gibt es nur in 10,94 Prozent der Haushalte. Damit ist das Land Schlusslicht im bundesweiten Vergleich. Durch die kluge Förderpolitik des Bundes fließen 520 Millionen Euro an Fördermitteln für den Glasfaserausbau nach Baden-Württemberg. Trotzdem muss das Land auch selbst tätig werden, indem eine ergänzende Förderung eingeführt wird.

Wir fordern eine Anpassung der Landesförderung, bei der der eigenwirtschaftliche Ausbau oberste Priorität hat. Dazu schlagen wir ein Gutscheinmodell („Voucher-Förderung“) vor, bei dem die „letzte Meile“ vom Bordstein zum Haus gefördert wird. Dadurch ließe sich der in Baden-Württemberg immer stärker werdende Ausbau durch verschiedene Privatunternehmen unterstützend begleiten. Das Land startete auf Initiative der FDP-Fraktion mit einem Pilotprojekt, das aber nie zu Ende geführt wurde.

### Cybersicherheit

Die Gefahr von Cyberspionage, -sabotage und -kriminalität ist so groß wie nie. Die vorhandenen Schutzmechanismen in Baden-Württemberg sind unzureichend. So kam es in diesem Jahr durch mangelndes Risikobewusstsein in Folge eines Kabelbrands zu tagelangen Behinderungen bei der Arbeit der Landespolizei, des LKA und des Verfassungsschutzes. Auch etliche Hochschulen, Behörden und Kommunen wurden Opfer von Cyberangriffen. Die Lage ist ernst, doch das Innenministerium beschränkt sich auf wohlfeile Ankündigungen.

Wir fordern eine verschlankte Cybersicherheitsarchitektur, eine Risikoanalyse für die IT-Sicherheit aller Behörden hinsichtlich der Anfälligkeit gegenüber Cybergefahren sowie technischer Ausfälle, die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel zur schnellen Bekämpfung der Defizite sowie die Stärkung der Cybersicherheitsagentur (CSBW). Die CSBW soll dabei nicht nur Vermittlungsstelle und Berater für Behörden sein, sondern auch Anlaufstelle für kleine und mittlere Unternehmen sein. Bisher beschränkt sich die CSBW in der Beratung auf Behörden und Kommunen.

### ANSPRECHPARTNER



**Daniel Karrais Mdl**

Sprecher für Digitalisierung

daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9340



**Sarah Wehinger**

Parlamentarische Beraterin

sarah.wehinger@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9045

### INITIATIVEN

- » Maßnahmen der Landesregierung zum Ausbau des „weltbesten“ Internets bis zum „letzten Schwarzwaldhof“ [Drucksache 17/5558](#)
- » Digitalisierung und demographischer Wandel in der Landesverwaltung [Drucksache 17/5512](#)
- » Landesförderung des Bundesprogramms zum Gigabitausbau [Drucksache 17/4877](#)
- » Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Landesverwaltung [Drucksache 17/4835](#)
- » Stand der Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) in Baden-Württemberg [Drucksache 17/4528](#)
- » Mobilfunkversorgung in Baden-Württemberg [Drucksache 17/4119](#)
- » Cybersicherheit in Baden-Württemberg [Drucksache 17/4048](#)

# Die Verwaltung BW braucht ein digitales Update

Die Digitalisierung der Verwaltung im Land ist mehr Wunsch als Wirklichkeit. Schon die Umsetzung des im August 2017 zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen in Kraft getretenen Gesetzes ist misslungen. Jahrelang hat sich die Landesregierung auf dem Rücken der Kommunen ausgeruht. Der bisherige Ansatz, die Digitalisierung einzelner Prozesse allein den Kommunen zu überlassen, ist gescheitert. Wir brauchen einen echten Digitalisierungsschub, denn die schleppende Digitalisierung in der Verwaltung bremst auch die Wirtschaft aus.

Die IT-Landschaft der Landesverwaltung muss an den Zielen der digitalen Souveränität ausgerichtet werden. Wir brauchen eine klare Strategie, wohin sich die Gesamtheit der Landes-IT in den nächsten Jahren entwickeln soll. Es braucht eine zentrale Dienstleistungsplattform, auf der medienbruchfrei Verwaltungsvorgänge durchgeführt werden können und E-Government-Angebote, die von den Anwendern hergedacht werden. Nur wenn Bürger einen Mehrwert haben, werden sie die Angebote auch nutzen.

Die durchgängige Digitalisierung der Verwaltung ist dabei nach unserer Überzeugung nur über das Once-Only-Prinzip möglich. Bürger und Unternehmen sollten bestimmte Standardinformationen den Behörden nur noch einmal mitteilen müssen. Bisher fehlen aber vielen Kommunen die Kapazitäten und das Know-How, um zuverlässig Prozesse zu digitalisieren. In der Folge klappt es nicht, bereits digitalisierte Prozesse nach dem ‚Einer für Alle‘-Prinzip (Efa) von anderen Kommunen zu übernehmen. Kein Wunder also, dass in Baden-Württemberg das Interesse an digitaler Verwaltung nur langsam wächst. Stand August 2023 haben sich nur rund eine Million Menschen bei service-bw registriert. Ende 2022 waren es 870.000.

Die mit der Digitalisierung der Verwaltung verbundenen Chancen hin zu „Einfacher und Schneller“, die wir auch für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg benötigen, werden so durch grün-schwarze Lethargie verpasst.

## ARBEITSGRUPPE



## ANSPRECHPARTNER

**Daniel Karrais MdL**